

Mitteilung des Senats vom 8. Mai 2001**Armut und Reichtum in Bremen**

Die Fraktion der SPD hat unter Drucksache 15/619 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

1. Wie hat sich das Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) im Land Bremen und seinen Stadtgemeinden seit 1985 entwickelt?

Das Volkseinkommen im Lande Bremen hat sich zwischen 1985 und 1997 von 13.363 Mio. DM auf 20.774 Mio. DM erhöht (+ 55,5 %). Je Einwohner ergab sich 1985 ein Betrag von 20.000 DM und 1997 von 30.700 DM (+ 53,5 %). In Deutschland insgesamt erhöhte sich das Volkseinkommen je Einwohner von 23.100 DM auf 33.300 DM (+ 44,2 %).

(Erläuterung: Das Volkseinkommen setzt sich aus folgenden Teilbeträgen zusammen:

- dem auf den Sektor private Haushalte entfallenden Betrag, d. h. den Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen der privaten Haushalte,
- den unverteiltten Gewinnen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit,
- den Bruttoeinkommen des Staates aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, abzüglich Zinsen auf Staatsschulden.

Die Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen der privaten Haushalte sind der überwiegende Teil des Volkseinkommens. Seit vielen Jahren ist dieser Teilbetrag in Bremen und auch auf Bundesebene sogar größer als das Volkseinkommen insgesamt, da der Einkommensteil des Staates als Folge der Zinsen auf Staatsschulden einen negativen Betrag ergibt. Aus diesem Grunde sind die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Beträge für das Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen im Lande Bremen größer als die des oben aufgeführten Volkseinkommens.)

Für die Städte Bremen und Bremerhaven wird nicht das Volkseinkommen berechnet, sondern das Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen der privaten Haushalte (der überwiegende Teil des Volkseinkommens). Hierfür ergeben sich folgende Werte (erstmalige Berechnung für 1989):

Jahr	Stadt Bremen	Bremerhaven	Land Bremen	Deutschland
Mio. DM				
1985			13.458	1.347.670
1989	13.385	2.378	15.763	1.664.920
1997	18.759	3 097	21.856	2.746.490*
Veränderung 1989 bis 1997 in %				
	+ 40,1	+ 30,2	+ 38,7	+ 65,0*
DM je Einwohner				
1985			20.100	22.100
1989	24.840	18.621	23.648	26.800
1997	34.226	24.201	32.328	33.500*
Veränderung 1989 bis 1997 in %				
	+ 37,8	+ 30,0	+ 36,7	+ 25,0*

* Erläuterung: Ab 1995 werden nur noch Ergebnisse für das gesamte Bundesgebiet errechnet, Sonderveröffentlichungen nach alten und neuen Bundesländern wurden eingestellt.

2. Wie hat sich im gleichen Zeitraum das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen verändert?

Das Bruttoeinkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Lande Bremen (Werte für die Stadtgemeinden liegen nicht vor) hat sich zwischen 1985 und 1997 von 3.480 Mio. DM auf 8.116 Mio. DM erhöht (+ 133,2 %).

Je Einwohner ergaben sich Werte von 5.202 DM (1985) bzw. 12.006 DM (1997), das ist ein Anstieg um 130,8 %.

Auf Bundesebene erreichten die Bruttoeinkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen Werte von 321.260 Mio. DM (1985) bzw. 839.510 Mio. DM (1997), das ist ein Anstieg um 161,3 %.

Je Einwohner betragen die Bruttoeinkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Bundesdurchschnitt 5.269 DM bzw. 10.231 DM (+ 94,2 %).

Die hier angegebenen, vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Bundeswerte beziehen sich auf Deutschland nach dem jeweiligen Gebietsstand, d. h. für 1997 einschließlich neue Bundesländer.

3. Wie haben sich das Körperschaftsteuer-Aufkommen, das Einkommenssteuer-Aufkommen (vor Anrechnung der Lohnsteuer) und das Lohnsteuer-Aufkommen sowie die zugehörigen Quoten im gleichen Zeitraum entwickelt?

Siehe Anlage 1: Tabelle „Lohnsteuer-, Einkommensteuer- und Körperschaftsteuer-aufkommen in Mio. DM im Lande Bremen“

Das Lohnsteueraufkommen stieg in diesem Zeitraum 1985 bis 2000 von rd. 2.125 Mio. DM auf rd. 2.858 Mio. DM.

Demgegenüber schwankt das Aufkommen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer stark, da diese Steuerarten von besonderen wechselhaften Faktoren abhängig sind. Das Aufkommen der Einkommensteuer wird zunächst durch die Erstattungen aus Arbeitnehmerveranlagungen nach § 46 des Einkommensteuergesetzes (EStG) geschmälert. Des Weiteren ist bei der Entwicklung der Einkommensteuer zu beachten, dass die ab 1996 eingeführte Eigenheimzulage aus dem Aufkommen der Einkommensteuer gezahlt wird.

Zudem ist die Zinsabschlagsteuer eingeführt worden, die vor 1993 im Rahmen der Veranlagung zur Einkommensteuer erfasst wurde.

4. Wie viele Personen haben in den Jahren nach 1985 nach bislang vorliegender Kenntnis ihre Jahreseinkünfte in den jeweiligen Einkommensgruppen in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven (bitte getrennt ausweisen) versteuert (bitte möglichst für die Einkommensgruppen unter 25.000 DM, 25.000 bis 50.000 DM, 50.000 bis 75.000 DM, 75.000 bis 100.000 DM, 100.000 bis 250.000 DM, 250.000 bis 1 Mio. DM, 1 bis 2 Mio. DM und über 2 Mio. DM differenziert ausweisen)?

und

5. Wie hoch ist der Anteil der jeweiligen Gruppen an der Gesamtzahl der Steuerpflichtigen, und wie hoch ist der Anteil dieser Gruppen am gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommen?

Siehe Anlage 2: Tabelle „Lohn und Einkommensteuerpflichtige nach Größenklassen des Gesamtbetrages der Einkünfte“

Die Steuerpflichtigen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sind für die Zeit bis 1995 statistisch ausgewertet worden. Für 1998 wird die Auswertung voraussichtlich bis zum Frühjahr 2002 vorliegen.

Aus Gründen des Datenschutzes werden die Steuerpflichtigen für die Gemeinden des Landes Bremen nur in einer Einkommensdifferenzierung bis zu einer Höhe des Gesamtbetrages der Einkünfte (GdE) von 1 Mio. DM und mehr ausgewiesen.

(Erläuterung: Der GdE ist nach § 2 Abs. 3 des Einkommenssteuergesetzes die Summe der Einkünfte [aller Einkunftsarten des Steuerpflichtigen], vermindert um den

Altersentlastungsbetrag und den Abzug nach § 13 Abs. 3 [Freibetrag für Land und Forstwirte]. Diese Definition gilt nur für den hier betrachteten Zeitraum, inzwischen ist der Begriff des GdE gesetzlich erweitert worden.)

In dem Zeitraum von 1986 bis 1995 ging die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen mit einem GdE bis 50.000 DM zurück. Erzielten 1986 noch fast drei Viertel aller Veranlagten in der Stadt Bremen einen GdE bis zu 50.000 DM im Jahr, so waren es 1995 nur noch gut die Hälfte.

In Bremerhaven war der Rückgang der Zahl der Steuerpflichtigen mit einem GdE bis zu 50.000 DM noch stärker.

Bei den höheren GdE bis 75.000 DM war die Zunahme in Bremen von knapp 17 % auf annähernd 23 % ausgeprägter als in Bremerhaven mit einem Anstieg von 16,5 % auf 21,6 %.

Am stärksten wuchs die Zahl der Steuerpflichtigen mit einem GdE bei den folgenden beiden Größenklassen bis 250.000 DM. Der Anteil der Steuerpflichtigen mit einem GdE bis 100.000 DM konnte sich in dem Zeitraum in Bremen von 5,3 % auf 11,9 % mehr als verdoppeln.

Noch stärker nahm allerdings der Anteil der Veranlagten mit einem GdE bis 250.000 DM zu und zwar von 3,9 % auf 11,2 %.

In Bremerhaven konnten diese Größenklassen des GdE einen stärkeren Anstieg verzeichnen, allerdings ausgehend von einem deutlich niedrigeren Niveau. So stieg der Anteil der GdE bis 100.000 DM von 3,8 % auf 10,2 % und das der Steuerpflichtigen bis 250.000 DM von 2,4 % auf 7,2 %. Die deutlich höhere Steigerungsrate dieser Einkommensgrößen in Bremerhaven führte zu einer leichten Nivellierung der Einkommensunterschiede im Vergleich zu Bremen.

In den Einkommensgruppen von 250.000 bis über 1 Mio. DM sind nach leichten Anteilssteigerungen zwischen 1989 und 1992 bis 1995 wieder leichte Abnahmen zu verzeichnen.

Dieser Rückgang lässt sich auf die vermehrte Inanspruchnahme gesetzlich vorgehener Möglichkeiten zur Schaffung so genannter steuertechnischer Verluste (Verluste aus Beteiligungen an Immobilienfonds, Schifffahrtbeteiligungen, Beteiligungen an sonstigen Verlustzuweisungsgesellschaften, Verluste aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken) zurückführen.

Bei der Betrachtung der steuerpflichtigen Einkünfte von Personen bleiben alle diejenigen Einwohner unberücksichtigt, deren Einkommen unter der Freigrenze für Steuerpflichtige liegen. Um ein umfassendes Bild über die Einkommensstruktur in einer Gebietseinheit zu erhalten, müssten zu den steuerpflichtigen Einkommensempfängern zumindest alle Sozialhilfeempfänger und alle nicht steuerpflichtigen Empfänger von Arbeitslosenhilfe und -geld addiert werden. Erst die Berücksichtigung ihrer Einkommen vervollständigt den unteren Teil der Einkommenspyramide einer Gemeinde.

6. Wie bewertet der Senat diese Daten (Fragen 1 bis 5)?

Der Senat begrüßt, dass die Zahl der Steuerpflichtigen, die zu den unteren Einkommensklassen gehören, deutlich gesunken ist. Die vorliegenden Steuerdaten lassen aber konkrete Aussagen über Armut oder Reichtum nicht zu.

7. Auf eine Anfrage der SPD hat der Senat in seiner Antwort (Drs. 15/105) die Vermögensentwicklung in Bremen bis 1995 mitgeteilt. Weiterhin teilte der Senat mit, dass es seit Nichterhebung der Vermögenssteuer seit 1997 keinen neueren Vermögensstand in Bremen gibt.

a) Wird der Senat in Zukunft trotzdem eine Abschätzung des Vermögensstandes der Bürgerinnen und Bürger in Bremen und seinen Stadtgemeinden vornehmen?

b) Wenn ja, auf welche Weise erfolgt diese Abschätzung?

c) Wenn nein, warum nicht?

Zuletzt wurde mit der Hauptveranlagung zur Vermögenssteuer auf den 1. Januar 1995 eine Vermögenssteuerstatistik durchgeführt. Da mangels einer verfassungs-

konformen Neuregelung der Vermögensteuer die Vermögensteuer letztmals für das Jahr 1996 festgesetzt wurde, kann der Senat eine über den Stand von 1995 hinausgehende Abschätzung des Vermögensstandes aller Bürgerinnen und Bürger in Bremen und seinen Stadtgemeinden nicht abgeben.

Andere Quellen, die dem Senat eine zuverlässige Abschätzung des Vermögensstandes der Bürgerinnen und Bürger in Bremen und seinen Stadtgemeinden ermöglichen, liegen nicht vor.

8. Wie verläuft seit 1990 im Land Bremen die Entwicklung der Verteilung des Wohneigentums inkl. Grundstücken brutto, und wie verläuft sie netto, d. h. inkl. der Bauschulden?

Tabelle: „Wohnungen im Lande Bremen“

	1968 1)	1972 2)	1978 2)	1987 1)	1993 2)
Art der Nachweisung					
Bewohnte Wohnungen insgesamt	266.249	282.700	295.000	317.077	324.600
davon:					
Eigentümerwohnungen	79.875	82.600	88.500	96.298	107.200
Mietwohnungen	186.374	200.100	206.500	220.779	217.400

1) Volkszählung/GWZ 2) Wohnungsstichprobe

Die Zahl der Eigentümerwohnungen (d. h. Eigentumswohnungen und selbst bewohnte Eigenheime) stieg von 96.298 im Jahr 1987 auf ca. 120.000 im Jahr 1998. Gerade in den 90er Jahren nahm ihre Zahl zu und ist das Ergebnis der geänderten Wohnungsbaupolitik sowie der Verkäufe der Wohnungsbaugesellschaften. Dieser Trend ist deutlich und bleibt auch dann gültig, wenn berücksichtigt wird, dass die absoluten Zahlen aus den Stichprobenerhebungen seit 1987 unsicher sind, da sich die Erhebungsmethoden unterscheiden.

Die Bremer insbesondere in der Stadt Bremen bleiben damit die Großstadtbevölkerung, die einen erheblich größeren Anteil ihres Vermögens in das Wohnungseigentum investieren und damit viel häufiger in einer eigenen Wohnung wohnen als andere Großstädter in Deutschland. Der Anteil der Eigentümerwohnungen an allen bewohnten Wohnungen stieg innerhalb der elf Jahre von 1987 bis 1998 nach den zur Verfügung stehenden Zahlen von ca. 30 % auf fast 38 % im Lande (Bremerhaven liegt darunter, Bremen über diesen Anteilswerten). Der Anteil der Eigentümerwohnungen in anderen Großstädten vergleichbarer Größenordnung liegt generell unter 20 %, in Berlin lange Zeit sogar unter 10 %.

Im Bereich des Senats sind über Bauschulden keine Daten verfügbar. Informationen im Bankenbereich (Hypotheken und Bausparverträge) ließen sich zwar nach Fallzahlen darstellen, geben jedoch keine sozialen Strukturen wider.

9. Wie verläuft die Entwicklung der Verteilung des Kapitalvermögens (unterteilt nach Aktien, übrigen Wertpapieren, übrigem Kapitalvermögen)?

Siehe Anlage 3: Tabelle „Positive Einkünfte aus Kapitalvermögen“

Bei der statistischen Aufbereitung der Lohn- und Einkommensteuer werden auch die positiven Einkünfte aus dem Kapitalvermögen dargestellt. Eine Differenzierung der Kapitalvermögen nach Anlageformen ist über die Steuerstatistik nicht vorgesehen. In der Zeit von 1986 bis 1992 stieg die Zahl der Einkommensempfänger aus Kapitalvermögen von gut 26.000 auf fast 41.000 an und fiel im Jahre 1995 auf gut 11.000. Ursache hierfür war die Anhebung der Freibeträge je Steuerpflichtigen auf 6.100 DM. Mit der aktuellen Absenkung der Freibeträge auf 3.100 DM wird die Zahl der Steuerpflichtigen jedoch wieder erheblich ansteigen.

Die Einkommen aus Kapitalvermögen je Steuerpflichtigen stiegen in dem Zeitraum 1986 bis 1992 kontinuierlich von 10.500 DM auf gut 13.000 DM an. Durch die An-

hebung der Freibeträge auf 6.100 DM entfiel 1995 die große Zahl der kleinen Einkommensempfänger aus Kapitalvermögen und die durchschnittlichen Einkünfte aus Kapitalvermögen stiegen auf annähernd 25.000 DM.

Die Ergebnisse der Verbraucherstichprobe zeigen für die letzten Jahre eine starke Umschichtung der Rücklagen und Ersparnisse von den klassischen Anlageformen wie dem Sparsbuch hin zu den Aktien und Aktienfonds. Hier ist mit einer stärkeren Zunahme der Empfänger von Kapitaleinkünften und einem noch stärkeren Wachstum der Gesamtsumme zu rechnen. Der Wertzuwachs der Kapitalvermögen in Form von Aktien und Aktienfonds wird trotz der starken Schwankungen am Aktienmarkt vermutlich am stärksten zunehmen.

Angaben über die Entwicklung der Verteilung des Kapitalvermögens (unterteilt nach Aktien, übrigen Wertpapieren, übrigem Kapitalvermögen) sind weder aus den bis 1995 hauptveranlagungsbezogenen Vermögensteuerstatistiken noch aus anderen Steuerstatistiken ableitbar.

Dem Senat liegen auch keine weiteren amtlichen Angaben über die Verteilung des Kapitalvermögens im Land Bremen vor.

Aus dem Jahresgutachten 2000/2001 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom November 2000 ist dem Senat jedoch bekannt, dass das Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland zum Jahresende 1993 und 1998 von etwa 4.092,2 Mrd. DM auf 5.682,8 Mrd. DM angestiegen ist. Die Geldanlage in Aktien ist hierbei von jeweils 238,4 auf 491,7 Mrd. DM, in übrigen Wertpapieren von 846,7 auf 1.331,4 Mrd. DM und für das übrige Kapitalvermögen von 3.007,1 auf 3.859,7 Mrd. DM angewachsen. Diese Zahlen treffen aber keine Aussage über die Verteilung des Kapitalvermögens auf verschiedene Bevölkerungsgruppen oder Regionen oder gar einzelne Städte.

10. Wie haben sich die Kapitalvermögens-Einkommen der Selbständigen im Verhältnis zu den Kapitalvermögens-Einkommen der Arbeitnehmer entwickelt, und wie beurteilt der Senat diese Entwicklung?

Hinweis zur Darstellung:

Die in der Fragestellung angeforderte Differenzierung nach Selbständigen und Arbeitnehmern mit Einkünften aus Kapitalvermögen ist nur in der aus der Tabelle der Anlage 3 ersichtlichen Zuordnung möglich.

Die Zahl der selbständigen Einkommensempfänger aus Kapitalvermögen nahm in dem dargestellten Zeitraum unterdurchschnittlich zu. Ihre Einkommen je Steuerpflichtigen stiegen jedoch deutlich stärker, als im unter Punkt 9 angeführten Durchschnitt (siehe in der Tabelle der Antwort zu Frage 9 [Anlage 3] die Zeilen „Land und Forstwirtschaft“, „Gewerbebetriebe“ sowie „selbständige Arbeit“).

Bei den Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit haben sich im Betrachtungszeitraum 1986 bis 1995 die positiven Einkünfte aus Kapitalvermögen pro Kopf um 346 % erhöht.

Für die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft ergab sich im Betrachtungszeitraum eine Veränderung pro Kopf um 242 %, bei den Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus Gewerbebetrieb waren es 212 % und bei den Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus selbständiger Arbeit 172 %.

Der Senat begrüßt, dass die Arbeitnehmer auch in Bezug auf die Erzielung von Einkünften aus Kapitalvermögen Anschluss an die selbständig Tätigen gefunden haben.

11. Wie verläuft die Entwicklung der Verteilung der Lebensversicherungen und ihrer Zinsen auf die sozialen Haushaltsgruppen (Selbständige, Arbeitnehmer, Nichterwerbstätige)?

Seit den 70er Jahren werden die Berichtspflichtigen des Mikrozensus erstmalig 2001 wieder nach ihren privaten Lebens- und Rentenversicherungen befragt. Ergebnisse liegen Anfang 2002 vor.

12. a) Wie stellt sich die Entwicklung der Vermögensübertragungen durch Erbschaften und Schenkungen dar und mit welcher mittelfristigen weiteren Entwicklung rechnet der Senat?

b) Welches Aufkommen an Erbschaft- und Schenkungssteuer wird sich daraus voraussichtlich bis zum Jahr 2004 ergeben?

Nachdem die Aufstellung der Erbschaft- und Schenkungssteuerstatistik in den 70er Jahren eingestellt wurde, soll sie erstmalig wieder ab 2002 erhoben werden. Voraussetzung ist jedoch eine maschinelle Veranlagung in den Finanzämtern. Diese Voraussetzungen liegen in Bremen bisher nicht vor. Die deutliche Heraufsetzung der Freibeträge wird jedoch die Zahl der steuerwirksamen Fälle beträchtlich eingrenzen.

Die Entwicklung der Vermögensübertragungen durch Erbschaften und Schenkungen stellt sich in der Vergangenheit wie folgt dar:

Fallzahlen zur Erbschaft-/Schenkungssteuer nebst Angaben zum Aufkommen von 1990 bis 2000 (in Mio. DM)

Jahr	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Sterbefälle	9.436	9.780	9.478	9.844	9.609	9.754	11.412	8.169	11.018	9.579	9.529
Steuerpflichtg. Erbfälle	keine Daten	keine Daten	861	898	935	1.257	804	938	1.122	916	748
Schenkungen	2.285	2.375	2.681	3.383	4.172	4.883	3.815	2.567	3.171	3.092	3.095
Steuerpflichtg. Schenkungen	Keine Daten	Keine Daten	338	415	608	719	530	571	687	469	339
Aufkommen	30,2	36,9	35,6	45,3	40,4	42,6	61,1	139,3	-32,6	60,5	46,1

Sonderfaktoren, welche die Zahl der steuerpflichtigen Erb- und Schenkungsfälle in Zukunft signifikant beeinflussen könnten, sind dem Senat nicht bekannt.

Zwar ist dem Senat aus verschiedenen Veröffentlichungen bekannt, dass nach Schätzungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln vom Juni 2000 die Summe aller Erbschaften in den Jahren 2000 bis 2010 fast doppelt so hoch sein wird wie in den neunziger Jahren; aus amtlichen bremischen Statistiken können diese Schätzungen aber nicht bestätigt werden. Mittelfristig wird etwa von 1.000 steuerpflichtigen Erbfällen und 400 steuerpflichtigen Schenkungsfällen jährlich auszugehen sein.

Das Aufkommen der Erbschaft- und Schenkungssteuer unterliegt — bedingt durch wenige Sonderfälle — extremen Schwankungen. Voraussagen über das Aufkommen der kommenden Jahre sind deshalb kaum zu machen. Im Mittel dürfte das Aufkommen zwischen 50 und 60 Mio. DM jährlich liegen.

13. a) Wie beurteilt der Senat die gesellschaftlichen und sozialpolitischen Aspekte der Vermögensverteilung?

b) Welche Ursachen sieht der Senat für die Entwicklung der Vermögensverteilung?

c) Wie bewertet der Senat die politische Zielsetzung einer möglichst ausgewogenen Einkommens- und Vermögensverteilung?

Zu 13 a) bis c):

Die Verteilung des Vermögens in der Gesellschaft ist sicher eine der Ursachen für unterschiedliche Start- und Entwicklungschancen der Einzelnen. Der Senat möchte sich angesichts der in den Antworten zu den Fragen 7 bis 12 dokumentierten wenig gesicherten Datenlage allerdings einer eingehenderen sozialpolitischen Bewertung dieser Daten enthalten.

Es ist Ziel der Politik des Senats, im Rahmen seiner Möglichkeiten soziale Härten und daraus resultierende Ausgrenzung aus der Gesellschaft zu vermeiden. Dazu werden gerade in jüngster Zeit neue Wege beschritten und neue Instrumente entwickelt. Anstelle einer rein „versorgenden“ Sozialpolitik, die — als ungewollte Nebenwirkungen — auch eine „Klientelisierung“ der Hilfeempfänger bis hin zur Entmündigung mit zur Folge hatte, sollen Sozialleistungen treten, die die Hilfeempfänger nicht nur vor materieller Not schützen, sondern sie auch stärker als bisher aktivieren sollen, sich selbst zu helfen.

Gleichwohl befürwortet der Senat auch das Prinzip, nach dem die finanziell Leistungsfähigen einen angemessenen Beitrag zur Solidargemeinschaft leisten sollen. Allerdings ist dem Senat bewusst, dass das Regelwerk dieser Verteilungspolitik im Zusammenwirken aller Länder und der Bundesregierung gestaltet wird (Steuer-, Renten-, Sozialgesetzgebung). Hieran wirkt Bremen im Rahmen seiner Möglichkeiten mit.

14. Welche Erkenntnisse über Tendenzen sozialer Segregation zwischen den Stadt- und den Ortsteilen in Bremen und Bremerhaven liegen dem Senat vor?

Die Auswertung und Darstellung steuerlicher Tatbestände erfolgt bisher auf der Grundlage der Gemeinden Bremen und Bremerhaven. Gemeindeteile (Orts- und Stadtteile sowie Stadtbezirke) konnten bisher für die Darstellung der Ergebnisse nicht berücksichtigt werden. Für die Lohn- und Einkommensteuerstatistik des Jahres 2001 ist die Auswertung und Tabellierung nach Gemeindeteilen vorgesehen.

Um jedoch Armut und Reichtum nach Stadtgebieten darzustellen, müssen zu den steuerlich berücksichtigten Einwohnern auch die steuerlich nicht berücksichtigten Leistungsempfänger (wie Sozialhilfeempfänger) addiert werden. Nur so kann ein umfassendes Bild der innerstädtischen Einkommensstrukturen erstellt werden. Neben der Betrachtung von Reichtum und Armut in einem Stadtgebiet können so auch die regionalen Kaufkraftstrukturen abgebildet werden. Die Ergebnisse derartiger Analysen werden ab 2004 vorliegen.

Seit 1991 werden vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Sozialindikatoren zusammengestellt, mit deren Hilfe ein Benachteiligungsindex erstellt wird. Dieser Index bestimmt eine Rangfolge der Ortsteile nach sozialer Benachteiligung. Hierunter ist allerdings nicht nur Armut und Reichtum zu verstehen, sondern es werden auch Faktoren wie Bildungsbeteiligung, Altersstrukturen, Ausländeranteile u. a. berücksichtigt. Der Benachteiligungsindex wurde jeweils in den Jahren 1991, 1993, 1996, 1999 und 2000 erstellt.

(Erläuterung: Die Indexwerte liegen zwischen - 160 und + 130. Dabei bedeutet ein negatives Vorzeichen, dass die Situation im Ortsteil insgesamt unter dem städtischen Durchschnitt, ein positives Vorzeichen, dass sie über dem städtischen Durchschnitt liegt. Der städtische Durchschnitt hat den Wert 0. Somit hat also, systembedingt, etwa die Hälfte der Ortsteile ein negatives Vorzeichen im Indexwert. Das bedeutet aber nicht, dass dort die Lebenslage negativ zu beurteilen ist, sondern sagt nur etwas über die relative Position innerhalb aller Ortsteile aus. Von Benachteiligung kann man nur bei Ortsteilen mit hohen negativen Indexwerten sprechen, also etwa bei Tenever, Ohlenhof, Gröpelingen etc.)

Siehe Anlage 4: Tabelle „Sozialindikatoren für die Stadtgemeinde Bremen 1991 und 2000“

Im Jahr 1991 lagen auf den Plätzen der deutlichsten Benachteiligung die Ortsteile Tenever, Ohlenhof, Blockdiek, Lindenhof und Lüssum-Bockhorn. Unter den besonders gutgestellten Ortsteilen fanden sich Bürgerpark, Oberneuland, Radio Bremen, Schwachhausen und Gete.

Im Jahr 2000 hat sich dieses Bild im Prinzip nicht verändert. Zwar hat es für einige Ortsteile erhebliche Sprünge in der Rangfolge gegeben, aber Tenever bleibt an der Spitze der Benachteiligung, gefolgt von Ohlenhof, Gröpelingen, Hohentor und Blockdiek; am anderen Ende liegen Borgfeld, Oberneuland, Habenhausen, Schwachhausen und Gete.

Da die Indexwerte der Ortsteile oft dicht beieinander liegen, können schon kleine Veränderungen größere Sprünge in der Rangfolge verursachen. Die Tabelle in Anlage 4, in welcher die Werte von 1991 und 2000 in Beziehung gesetzt werden, verdeutlicht dies. 1999 wurde die Systematik des Indikatorensystems verändert (Verzicht auf Volkszählungsdaten). Dieser Tatbestand schlug sich zwar in der absoluten Größe und Spannweite der Messzahlen nieder, nicht jedoch in der generellen Rangfolge der Ortsteile.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Verteilung besonders benachteiligter und besonders bevorzugter Ortsteile sich nur in Einzelfällen verändert und insgesamt relativ stabil ist, und dass Verschiebungen nur sehr langsam ablaufende Prozesse sind.

Für Bremerhaven liegen folgende Erkenntnisse über Tendenzen möglicher sozial-räumlicher Segregation zwischen den Stadt- und Ortsteilen vor:

Das Sozialamt veröffentlicht über das Programm PROSOZ seit 1998 monatlich die Zahlen der Sozialhilfeempfänger nach Ortsteilen.

Siehe Anlage 5: Tabelle „Sozialhilfe in Bremerhaven: Anteil der Leistungsempfänger an der Gesamtbevölkerung 1998 bis 2001“

Neben den innerstädtischen Problemgebieten in Lehe haben die Großwohnsiedlungen Grünhöfe und Leherheide-West die höchsten Anteile an Sozialhilfeempfängern an der Wohnbevölkerung. In den Jahren 1998 bis 2000 haben sich diese Verhältnisse nicht signifikant verändert.

Das Stadtplanungsamt führt im Zusammenhang mit dem Aufbau eines Geographischen Informationssystems unterhalb der Ortsteil-Ebene 120 städtebaulich definierte „statistische Grundeinheiten“ ein. Kleinräumig disaggregierte Daten zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit werden hierfür von der Bundesanstalt für Arbeit im Laufe des Jahres 2001 erstmals zur Verfügung gestellt werden.

Im Rahmen der URBAN II-Förderung 2000-2006 (PGI) sind auf dieser statistischen Basis bereits programmgebietsbezogene Auswertungen erfolgt. Mit einer diesbezüglichen Sozialraumanalyse für das URBAN-Programmgebiet war die ZWE „Arbeit und Region“ in der UNI-Bremen beauftragt. Die Basiszahlen liegen bei.

Siehe Anlage 6: Tabelle „Arbeitslose und Leistungsempfänger (...) die das Programmgebiet URBAN II berühren (...)“

Laufende Verdiensterhebungen werden nur auf Landesebene veröffentlicht.

Das Bremerhavener Arbeitsamt veröffentlicht monatlich die Arbeitslosenzahlen auf gesamtstädtischer Ebene.

15. Welche besonderen Armutsrisiken sind dem Senat bekannt?

Die wichtigsten Armutsrisiken laut Sozialberichterstattung des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sind (sortiert nach Häufigkeit):

- „sonstige Gründe“ inkl. Arbeitslosigkeit und nicht ausreichendes Einkommen,
- Trennung/Scheidung,
- Geburt eines Kindes,
- ohne eigene Wohnung,
- Suchtabhängigkeit,
- Haft oder Haftentlassung,
- Tod eines Familienmitglieds,
- Überschuldung,
- Unterbringung in einer staatlichen Einrichtung.

Aus der Aufstellung wird erkennbar, dass Armutsrisiken sowohl aus gesellschaftlichen Entwicklungen als auch aus individuellen Lebensumständen entstehen können.

16. a) Wie bewertet der Senat den jetzt vorliegenden Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung?

b) Welche neuen Erkenntnisse werden sich voraussichtlich durch das regelmäßige Erscheinen der nationalen Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung speziell für die Verteilung der Vermögen nach sozialen Haushaltsgruppen ergeben?

Die Endfassung des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung wurde am 24. April 2001 der Öffentlichkeit vorgestellt. Seither war nur eine erste grobe Bewertung möglich, die ergab, dass die im Bericht genannten Armutsrisiken weitgehend denen entsprechen, die unter der Antwort zu Frage 15 genannt sind.

Erst eine differenzierte Analyse des Berichts — auch seiner Methodik — und die fachliche Diskussion seiner Aussagefähigkeit werden eine qualifizierte Bewertung seiner Ergebnisse ermöglichen. Die Frage nach möglichen neuen Erkenntnissen im Falle einer regelmäßigen Berichterstattung lässt sich erst danach beantworten.

17. Wie bewertet der Senat den Vorschlag, ab dem Jahr 2001 für das Land Bremen einmal pro Legislaturperiode eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung vorzulegen?

Der Senat beurteilt den Nutzen einer regelmäßigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung zurückhaltend. Der Armutsbericht der Bundesregierung enthält keine systematischen Betrachtungen der Verhältnisse in den Ländern und insofern bringt er nur wenige bremenspezifische Erkenntnisse, die sich im Tabellenwerk des Datenbandes finden. Dem möglichen Nutzen einer routinemäßig flächendeckenden Armuts- und Reichtumsberichterstattung für Bremen analog dem Bericht der Bundesregierung ist allerdings der dafür notwendige erhebliche Aufwand entgegenzustellen.

Der Senat ist der Auffassung, dass dieses Verhältnis von Aufwand und Nutzen so ungünstig ausfällt, dass eine routinemäßig flächendeckende Armuts- und Reichtumsberichterstattung für Bremen nicht gerechtfertigt erscheint. Er befürwortet vielmehr das Konzept einer „themenorientierten Sozialberichterstattung“ des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales: Dabei berichten die einzelnen Produktbereiche schwerpunktbezogen (wie bisher auch) und nun auch zielorientiert mit Blick auf vereinbarte Ziele und daraus abgeleiteten neuen Konzepten (z. B. die „Modellversuche Wirtschaftliche Hilfen“). In beiden Formen der Berichterstattung werden externe Faktoren (Entwicklung der Arbeitslosigkeit, Demographie, etc.) berücksichtigt. Diese Berichte sollen jeweils zeitnah vorgelegt werden, um auf neue Entwicklungen möglichst schnell reagieren zu können. Gleichwohl werden aber auch Zeitreihen erstellt und ausgewertet als Grundlage für die Entwicklung einer längerfristigen fachlichen Perspektive.

Schließlich veröffentlicht das Statistische Landesamt regelmäßig kleinräumige Beiträge zu sozialdemographischen Tatbeständen mit Ortsteilskarten. (Bevölkerung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe und Wohngeld, Bildungsquoten etc.) Daneben wird der Datenfundus des Statistischen Landesamtes Bremen in einer kleinräumigen Datenbank allen Internetnutzern angeboten und mehrjährig in einem bremischen Strukturatlas veröffentlicht.

Anlage 1
zu Antwort 3

Lohnsteuer-, Einkommensteuer- und Körperschaftsteueraufkommen in Mio DM im Lande Bremen																
	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Lohnsteuer	2.125	2.162	2.326	2.370	2.530	2.467	2.825	3.206	3.236	3.269	3.329	3.004	2.971	2.831	2.915	2.858
Anteil an der Gesamtsumme in v.H.	75	79	80	77	77	78	75	74	75	78	84	85	79	88	76	78
Veranlagte Einkommenssteuer	458	387	379	489	486	468	527	624	579	482	359	219	275	352	476	383
Anteil an der Gesamtsumme in v.H.	16	14	13	16	15	15	14	14	13	12	9	6	7	11	12	10
nachrichtlich: Von der Est abgesetzte Erstattungen an Arbeitnehmer nach § 46 EStG																
Zinsabschlag									105	129	119	103	100	104	101	118
Eigenheimzulage												5	31	55	72	100
Körperschaftsteuer	265	181	190	236	274	248	427	529	493	435	294	297	508	44	463	414
Anteil an der Gesamtsumme in v.H.	9	7	7	8	8	8	11	12	11	10	7	8	14	1	12	11
Gesamtsumme (ohne Erstnach § 46 EStG, Zinsabschlag u. Eigenheimzulage)	2.848	2.729	2.895	3.095	3.290	3.183	3.779	4.359	4.308	4.186	3.983	3.520	3.754	3.227	3.853	3.654

Anlage 2
zu Antworten 4 und 5

Statistisches Landesamt Bremen

Lohn- und Einkommensteuerpflichtige nach Größenklassen des Gesamtrages der Einkünfte

Gesamtrtrag der Einkünfte von ... bis unter ... DM	1986			1989			1992			1995		
	Steuerpflichtige		Gesamtrtrag der Einkünfte 1 000 DM	Steuerpflichtige		Gesamtrtrag der Einkünfte 1 000 DM	Steuerpflichtige		Gesamtrtrag der Einkünfte 1 000 DM	Steuerpflichtige		Gesamtrtrag der Einkünfte 1 000 DM
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
Stadt Bremen												
1 - 25 000	68 746	36,4%	804 842	62 036	32,8%	750 147	52 230	27,8%	619 458	45 467	25,9%	556 912
25 000 - 50 000	71 034	37,6%	2 632 420	64 228	34,0%	2 415 357	53 607	28,5%	2 037 400	47 673	27,2%	1 815 751
50 000 - 75 000	31 946	16,9%	1 926 236	35 222	18,6%	2 137 013	42 495	22,6%	2 589 289	39 748	22,7%	2 432 786
75 000 - 100 000	9 986	5,3%	849 721	13 652	7,2%	1 169 199	20 235	10,8%	1 737 596	20 767	11,9%	1 789 277
100 000 - 250 000 2)	7 358	3,9%	1 988 676	9 385	5,0%	1 262 089	17 318	9,2%	2 317 250	19 609	11,2%	2 648 442
250 000 - 1 Mill.	-	-	-	1 385	0,7%	681 241	2 054	1,1%	860 577	1 789	1,0%	698 245
1 Mill. und mehr	-	-	-	189	0,1%	722 552	264	0,1%	889 124	203	0,1%	578 248
Insgesamt	189 070	100,0%	8 201 884	186 107	100,0%	9 034 598	188 203	100,0%	11 049 695	175 236	100,0%	10 517 651
Verlustfälle	12 967	-	-47 623	15 402	-	-9 750	13 894	-	-58 316	14 020	-	-111 078
Stadt Bremerhaven												
1 - 25 000	15 676	37,6%	189 970	14 089	33,8%	177 944	11 346	28,8%	144 017	9 846	25,0%	125 085
25 000 - 50 000	16 522	39,7%	608 960	14 516	34,9%	541 934	12 690	32,2%	480 860	10 788	27,4%	408 359
50 000 - 75 000	6 892	16,5%	412 548	7 391	17,7%	448 088	8 892	22,6%	541 067	8 506	21,6%	518 575
75 000 - 100 000	1 579	3,8%	133 409	2 333	5,6%	197 919	3 767	9,6%	322 657	4 013	10,2%	344 024
100 000 - 250 000 2)	980	2,4%	182 544	1 278	3,1%	188 452	2 468	6,3%	323 895	2 843	7,2%	373 497
250 000 - 1 Mill.	-	-	-	176	0,4%	68 337	237	0,6%	103 469	211	0,5%	81 448
1 Mill. und mehr	-	-	-	14	0,03%	36 702	16	0,04%	37 544	13	0,03%	23 663
Insgesamt	41 649	100,0%	1 527 431	39 797	100,0%	1 638 375	39 416	100,0%	1 953 508	36 220	100,0%	1 874 670
Verlustfälle	2 833	-	-981	3 759	-	-1 403	3 162	-	-9 662	3 583	-	-6 423

1) 1986 wurde in regionaler Gliederung nur die Größenklasse 100 000 und mehr aufbereitet.

2) In dieser Größenklasse wurden die Steuerpflichtigen und Gesamtrträge der Einkünfte für die beiden höheren Größenklassen mit ausgewiesen

Anlage 3
zu Antworten 9 und 10

Statistisches Landesamt Bremen
211

Positive Einkünfte aus Kapitalvermögen

	1986			1989			1992			1995			Veränderung je Stptl. 1995/1986 in %			
	Steuer- pflichtige	1.000 DM	Durchschnittl. je Stptl. in DM	Steuer- pflichtige	1.000 DM	Durchschnittl. je Stptl. in DM	Veränderung je Stptl. zur Vorerhebung in %	Steuer- pflichtige	1.000 DM	Durchschnittl. je Stptl. in DM	Veränderung je Stptl. zur Vorerhebung in %	Durchschnittl. je Stptl. in DM		Veränderung je Stptl. zur Vorerhebung in %		
Lohn- und Einkommensteuerpflichtige mit überwiegenden Einkünften aus " "	58	404	6 966	67	565	8 433	121	82	1 183	14 427	171	21	354	16 857	117	242
Land- und Forstwirtschaft	2 782	58 655	21 084	2 641	77 729	29 432	140	3 029	98 166	32 409	110	865	38 607	44 632	138	212
Gewerbebetrieb	1 263	12 268	9 713	1 307	13 639	10 435	107	1 791	25 370	14 165	136	596	9 971	16 730	118	172
Selbständiger Arbeit	14 208	56 881	4 003	16 387	71 239	4 347	109	25 231	132 863	5 266	121	4 456	61 679	13 842	263	346
Nichtselbständiger Arbeit	3 259	125 731	38 580	3 386	141 139	41 683	108	4 826	245 366	50 847	122	2 495	139 272	55 820	110	146
Kapitalvermögen	1 860	12 289	6 607	1 774	13 537	7 631	115	2 028	20 799	10 256	134	977	14 197	14 531	142	220
Vermietung und Verpachtung	2 623	7 090	2 709	3 415	9 807	2 872	106	3 954	14 245	3 603	125	1 670	8 109	4 856	135	180
Sonstigen Einkünften																
Insgesamt	26 053	273 318	10 491	28 977	327 655	11 307	108	40 941	538 012	13 141	116	11 080	272 189	24 566	187	234

1) ohne Verlustfälle

Anlage 4
zu Antwort 14

Sozialindikatoren für die Stadtgemeinde Bremen
1991 und 2000

<u>Ortsteile</u>	<u>Rang</u> <u>2000</u>	<u>Index</u> <u>2000</u>	<u>Ortsteile</u>	<u>Rang</u> <u>1991</u>	<u>Index</u> <u>1991</u>
373 Tenever	1	-156,63	373 Tenever	1	-110,1
443 Ohlenhof	2	-101,95	443 Ohlenhof	2	-83,6
442 Groepelingen	3	-98,29	375 Blockdiek	3	-80,3
212 Hohentor	4	-78,06	441 Lindenhof	4	-65,2
375 Blockdiek	5	-74,6	533 Lüssum-Bockhorn	5	-65,1
233 Kattenturm	6	-73,54	445 Oslebshausen	6	-63,2
332 Neue Vahr Nord	7	-73,23	383 Hemelingen	7	-60,4
112 Bahnhofsvorstadt	8	-72,22	242 Sodenmatt	8	-59,7
335 Neue Vahr Südost	9	-70,8	442 Groepelingen	9	-58,7
334 Neue Vahr Südwest	10	-70,47	233 Kattenturm	10	-58
383 Hemelingen	11	-68,27	522 Grohn	11	-54,8
441 Lindenhof	12	-66,65	335 Neue Vahr Südost	12	-50,1
522 Grohn	13	-66,41	218 Huckelriede	13	-49,7
218 Huckelriede	14	-65,6	332 Neue Vahr Nord	14	-44,7
242 Sodenmatt	15	-61,54	243 Kirchhuchting	15	-38,3
533 Lüssum-Bockhorn	16	-59,5	436 Hohweg	16	-37,8
211 Alte Neustadt	17	-54,38	212 Hohentor	17	-37,2
445 Oslebshausen	18	-51,35	334 Neue Vahr Südwest	18	-35,9
251 Woltmershausen	19	-47,53	251 Woltmershausen	19	-34
434 Walle	20	-46,05	433 Westend	20	-31,2
435 Osterfeuerberg	21	-36,58	241 Mittelshuchting	21	-29,2
433 Westend	22	-35,04	513 Burgdamm	22	-29
111 Altstadt	23	-34,66	372 Eil.-Schevemoor	23	-29
531 Blumenthal	24	-33,63	435 Osterfeuerberg	24	-27,5
241 Mittelshuchting	25	-33,12	214 Südervorstadt	25	-26,2
214 Südervorstadt	26	-32,05	531 Blumenthal	26	-25,6
372 Eil.-Schevemoor	27	-31,35	421 Regensburger Str.	27	-24,7
216 Buntentor	28	-26,41	524 Aumund-Hammersbeck	28	-23,2
215 Gartenstadt Süd	29	-24,97	525 Fähr-Lobbendorf	29	-23,1
252 Rablinghausen	30	-22,38	424 In den Hufen	30	-23,1
243 Kirchhuchting	31	-21,98	215 Gartenstadt Süd	31	-20,3
432 Steffensweg	32	-21,7	217 Neuenland	32	-19,3
436 Hohweg	33	-19,46	311 Steintor	33	-18,8
431 Utbremen	34	-17,86	511 Burg-Grambke	34	-17,9
217 Neuenland	35	-17,57	216 Buntentor	35	-16,2
521 Vegesack	36	-13,83	252 Rablinghausen	36	-13,6
331 Gartenstadt Vahr	37	-9,76	381 Sebaldsbrück	37	-12,6
382 Hastedt	38	-7,21	422 Findorff-Bürgerweide	38	-11,4
314 Hulsberg	39	-4,69	431 Utbremen	39	-10,8
513 Burgdamm	40	-4,47	434 Walle	40	-9,8
421 Regensburger Str.	41	-2,22	112 Bahnhofsvorstadt	41	-9,6
525 Fähr-Lobbendorf	42	0,22	432 Steffensweg	42	-6,1
213 Neustadt	43	2,8	211 Alte Neustadt	43	-4,1
311 Steintor	44	3,34	113 Ostertor	44	-2,6
524 Aumund-Hammersbeck	45	3,85	213 Neustadt	45	-0,7
113 Ostertor	46	4,78	534 Farge	46	-0,4
511 Burg-Grambke	47	5,37	371 Ellener Feld	47	0,5
422 Findorff-Bürgerweide	48	8,06	521 Vegesack	48	3,9
514 Lesum	49	12,8	382 Hastedt	49	5,4
385 Mahndorf	50	16,77	365 Mahndorf	50	6,7
523 Schönebeck	51	19,73	532 Rönnebeck	51	7,4
381 Sebaldsbrück	52	19,85	111 Altstadt	52	11,9

<u>Ortsteile</u>	<u>Rang 2000</u>	<u>Index 2000</u>	<u>Ortsteile</u>	<u>Rang 1991</u>	<u>Index 1991</u>
312 Fesenfeld	53	20,59	535 Rezum	53	13,8
534 Farge	54	26,2	314 Hulsberg	54	15,4
532 Rönnebeck	55	31,64	232 Arsten	55	20,4
535 Rezum	56	35,28	514 Lesum	56	24,5
313 Peterswerder	57	42,86	384 Arbergen	57	25,4
232 Arsten	58	43,64	331 Gartenstadt Vahr	58	27,9
374 Osterholz	59	49,2	313 Peterswerder	59	30,2
371 Ellener Feld	60	52,09	312 Fesenfeld	60	33,2
234 Kattenesch	61	53,36	374 Osterholz	61	38,2
423 Weidedamm	62	56,5	423 Weidedamm	62	39,5
515 St.Magnus	63	59,52	244 Grolland	63	39,7
342 Lehe	64	63,94	234 Kattenesch	64	46,2
384 Arbergen	65	64,78	523 Schönebeck	65	47,3
321 Neu-Schwachh.	66	65,01	342 Lehe	66	50,5
343 Lehesterdeich	67	65,44	343 Lehesterdeich	67	53,2
341 Horn	68	72,51	341 Horn	68	55,3
324 Riensberg	69	76,63	515 St.Magnus	69	64,4
325 Radio Bremen	70	76,66	231 Habenhausen	70	68,6
244 Grolland	71	77,69	321 Neu-Schwachh.	71	73,4
323 Barkhof	72	77,71	351 Borgfeld	72	74,8
424 In den Hufen	73	85,93	324 Riensberg	73	80
322 Bürgerpark	74	86,69	323 Barkhof	74	83,8
327 Gete	75	88,1	327 Gete	75	91,1
326 Schwachhausen	76	93,5	326 Schwachhausen	76	98,8
231 Habenhausen	77	94,2	325 Radio Bremen	77	104,1
361 Oberneuland	78	124,09	361 Oberneuland	78	106,2
351 Borgfeld	79	126,69	322 Bürgerpark	79	110,9

Anlage 5
zu Antwort 14

Sozialhilfe in Bremerhaven; Anteil der Leistungsempfänger an der Gesamtbevölkerung 1998-2001

Quelle: Amt f. Statistik und Wahlen

Bevölkerungsstand 30.06.2000 (*)		Empfänger 01/01	Anteil Leistungs- empfänger / Bev.	Bevölkerungsstand 31. Dez 99		Empfänger 01/00	Anteil Leistungs- empfänger / Bev.
Weddewarden	675	16	2,4%	Weddewarden	696	15	2,2%
Königsheide	5.571	139	2,5%	Königsheide	5.569	173	3,1%
Fehrmoor	2.748	49	1,8%	Fehrmoor	2.741	59	2,2%
Leherheide West	9.422	1.699	18,0%	Leherheide West	9.533	1.046	10,9%
Speckenbüttel	3.259	18	0,6%	Speckenbüttel	3.241	10	0,3%
Eckernfeld	5.291	290	5,5%	Eckernfeld	5.310	294	5,5%
Twischkamp	4.057	542	11,6%	Twischkamp	4.662	615	13,2%
Goethestraße	8.110	1.879	23,2%	Goethestraße	8.206	2.038	24,8%
Klushof	10.450	1.683	16,1%	Klushof	10.615	1.710	16,1%
Schierholz	5.347	356	6,7%	Schierholz	5.202	339	6,5%
Buschkämpen	732	21	2,9%	Buschkämpen	743	18	2,4%
Mitte Süd	4.931	446	9,0%	Mitte Süd	4.955	438	8,8%
Mitte Nord	7.616	833	10,9%	Mitte Nord	7.812	979	12,5%
Geestemünde Nord	7.023	351	5,0%	Geestemünde Nord	7.122	369	5,2%
Geestendorf	11.729	1.221	10,4%	Geestendorf	11.822	1.161	9,8%
Geestemünde Süd	3.363	219	6,5%	Geestemünde Süd	3.401	248	7,3%
Bürgerpark	5.613	735	13,1%	Bürgerpark	5.595	711	12,7%
Grünhöfe	7.251	1.311	18,1%	Grünhöfe	7.354	1.385	18,6%
Schiffdorferdamm	2.370	39	1,6%	Schiffdorferdamm	2.357	37	1,6%
Surheide	3.192	64	2,0%	Surheide	3.171	72	2,3%
Dreibergen	5.796	526	9,1%	Dreibergen	5.827	537	9,2%
Jedutenberg	5.458	155	2,8%	Jedutenberg	5.453	182	3,3%
Fischereihafen	264	24	9,1%	Fischereihafen	287	16	5,6%
Summe	120.868	12.616	10,4%	Summe	121.674	13.234	10,9%

Bevölkerungsstand 31. Dez 98		Empfänger 01/99	Anteil Leistungs- empfänger / Bev.	Bevölkerungsstand 01. Jan 98		Empfänger 3/98	Anteil Leistungs- empfänger / Bev.
Weddewarden	712	24	3,4%	Weddewarden	640	37	5,8%
Königsheide	5.805	169	3,0%	Königsheide	5.584	274	4,9%
Fehrmoor	2.869	61	2,3%	Fehrmoor	2.619	67	2,6%
Leherheide West	9.976	2.403	24,1%	Leherheide West	10.413	2.887	27,7%
Speckenbüttel	3.251	23	0,7%	Speckenbüttel	3.295	25	0,8%
Eckernfeld	5.413	279	5,2%	Eckernfeld	5.464	303	5,5%
Twischkamp	4.907	673	13,7%	Twischkamp	5.004	816	16,3%
Goethestraße	8.454	1.978	23,4%	Goethestraße	8.699	2.534	29,1%
Klushof	10.968	1.777	16,2%	Klushof	11.261	2.096	18,6%
Schierholz	4.972	362	7,3%	Schierholz	4.768	361	7,6%
Buschkämpen	749	26	3,5%	Buschkämpen	769	33	4,3%
Mitte Süd	5.169	555	10,7%	Mitte Süd	5.304	746	14,1%
Mitte Nord	7.962	964	12,1%	Mitte Nord	8.172	1.238	15,1%
Geestemünde Nord	7.205	410	5,7%	Geestemünde Nord	7.356	507	6,9%
Geestendorf	12.108	1.159	9,6%	Geestendorf	12.348	1.529	12,4%
Geestemünde Süd	3.446	258	7,5%	Geestemünde Süd	3.494	333	9,5%
Bürgerpark	5.555	769	13,8%	Bürgerpark	5.676	969	17,4%
Grünhöfe	7.689	1.477	19,2%	Grünhöfe	8.036	1.801	22,4%
Schiffdorferdamm	2.323	39	1,7%	Schiffdorferdamm	2.286	62	2,7%
Surheide	3.101	95	3,1%	Surheide	3.114	96	3,1%
Dreibergen	5.913	527	8,9%	Dreibergen	6.029	730	12,1%
Jedutenberg	5.369	169	3,1%	Jedutenberg	5.327	199	3,7%
Fischereihafen	299	19	6,4%	Fischereihafen	318	29	9,1%
Summe	123.815	14.216	11,5%	Summe	125.978	17.692	14,0%

(*) z.Zt. Aktuellster verfügbarer Datenstand
Bearbeitung: Stadtplanungsamt 61/2 ; 27-02-01

Anlage 6
zu Antwort 14

Arbeitslose und Empfänger von Leistungen der Bundesanstalt in den Stadt- und Ortsteilen der Seestadt Bremerhaven, die das Programmgebiet URSAN II berühren; Absolute Zahlen; Stand 2000

Quelle: BA 1 Arbeit Nürnberg 2000; Stat.LA Bremen 2000	Bestand an Arbeitslosen nach: Stadtviertel - Bremerhaven - Stand: Juni 2000		Angestellte		unter 20 Jahre		20 bis 25 Jahre		unter 55 Jahre		Langzeit		Schwer- behinderte			
	Bevölkerung	Fläche (ha)	Maenner	Frauen	unter 20 Jahre	20 bis 25 Jahre	unter 20 Jahre	20 bis 25 Jahre	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter	Langzeit	Langzeit	Teilzeit	Teilzeit		
Bremerhaven insgesamt	120.868	7768	5.651	3.529	7.895	1.345	6.289	2.891	165	817	982	1.497	3.826	448	8.398	792
davon:																
Stadtteil Leine	37.846	1616														
Stadtteil Mitte	12.547	172														
Stadtteil Geestmünde	34.979	1109														
Summe der Ergebnisse auf Stadtteil-Ebene	85.372	2897														

Daten bislang nicht verfügbar. Die Datenbereitstellung durch die Bundesanstalt für Arbeit soll im Jahr 2001 erfolgen.

Quelle: BA 1 Arbeit Nürnberg 2000; Stat.LA Bremen 2000	Bestand an Arbeitslosen nach: Stadtviertel - Bremerhaven - Stand: Juni 2000		Angestellte		unter 20 Jahre		20 bis 25 Jahre		unter 55 Jahre		Langzeit		Schwer- behinderte				
	Bevölkerung	Fläche (ha)	Maenner	Frauen	unter 20 Jahre	20 bis 25 Jahre	unter 20 Jahre	20 bis 25 Jahre	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter	Langzeit	Langzeit	Teilzeit	Teilzeit			
Bremerhaven insgesamt	120.868	7768	3.401	2.252	1.149	2.873	528	2.337	1.064	63	295	348	507	1.408	163	3.171	230
davon:																	
Ortsteil Twischkamp	4.657	121	534	355	179	451	83	381	153	9	38	47	99	260	36	500	34
Ortsteil Goethestraße	8.110	56	989	695	294	774	215	781	208	17	93	110	103	363	33	932	57
Ortsteil Klushof	10.450	228	423	287	136	358	65	300	123	3	45	48	53	171	14	398	25
Ortsteil Mitte Süd	4.931	98	508	310	198	443	65	308	200	12	38	50	74	218	28	475	33
Ortsteil Mitte Nord	7.616	74	527	344	183	458	69	324	203	7	48	55	80	205	22	485	42
Ortsteil Geestmünde Nord	7.023	191	420	261	159	369	31	243	177	5	33	38	88	191	29	381	39
Summe der Ergebnisse auf OT-Ebene	42.787	768	3.401	2.252	1.149	2.873	528	2.337	1.064	63	295	348	507	1.408	163	3.171	230

Quelle: BA 1 Arbeit Nürnberg 2000; Stat.LA Bremen 2000	Bestand an Leistungsempfängern nach Stadtviertel - Bremerhaven - Stand: März 2000		ALLUEC insgesamt		Uhg insgesamt		Uhg nur Frauen		Uhg Behinderte insgesamt		Uhg Behindete nur Frauen		Eghi-S insgesamt	
	Bevölkerung	Fläche (ha)	Uhg insgesamt	Uhg nur Frauen	Uhg insgesamt	Uhg nur Frauen	Uhg insgesamt	Uhg nur Frauen	Uhg Behinderte insgesamt	Uhg Behindete nur Frauen	Uhg Behindete insgesamt	Uhg Behindete nur Frauen	Eghi-S insgesamt	Eghi-S nur Frauen
Bremerhaven insgesamt	120.868	7768	8003	3131	4830	1771	524	163	6	37	14			
davon:														
Ortsteil Twischkamp	4.657	121	515	190	325	40	26	10						
Ortsteil Goethestraße	8.110	56	877	274	602	71	55	16						
Ortsteil Klushof	10.450	228	375	118	257	37	24	7						
Ortsteil Mitte Süd	4.931	98	201	69	129	19	15	2						
Ortsteil Mitte Nord	7.616	74	325	126	199	87	21	6						
Ortsteil Geestmünde Nord	7.023	191	367	155	212	35	32	15						
Summe der Ergebnisse auf OT-Ebene	42.787	768	2.660	932	1.724	225	173	56						

Bearbeitung: Stadtplanungamt 6/02, 27-02-01

* = Wert 0 oder 1 (Datenschutz)

Anlage 6
zu Antwort 14

Arbeitslose und Empfänger von Leistungen der Bundesanstalt in den Stadt- und Ortsteilen der Seestadt Bremerhaven, die das Programmgebiet URBAN II berühren; Prozentanteile; Stand 2000

Quelle: BA I Arbeit Nürnberg 2000, Stat LA Bremen 2000	Bestand an Arbeitslosen nach: Stadtviertel - Bremerhaven - Stand: Juni 2000														
	Fläche (ha)	insgesamt	Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer	Arbeiter	Angestellte	unter 20 Jahre	20 bis 25 Jahre	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter	Langzeit	Schwer-behinderte	Teilzeit
Bremerhaven insgesamt		100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
davon:															
Stadtteil Lehe	21%														
Stadtteil Mitte	2%														
Stadtteil Geestmünde	14%														
Summe der Ergebnisse auf Stadtteil-Ebene	37%														

Daten bislang nicht verfügbar. Die Datenbereitstellung durch die Bundesanstalt für Arbeit soll im Jahr 2001 erfolgen.

Quelle: BA I Arbeit Nürnberg 2000, Stat LA Bremen 2000	Bestand an Arbeitslosen nach: Stadtviertel - Bremerhaven - Stand: Juni 2000														
	Fläche (ha)	insgesamt	Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer	Arbeiter	Angestellte	unter 20 Jahre	20 bis 25 Jahre	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter	Langzeit	Schwer-behinderte	Teilzeit
Bremerhaven insgesamt		100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
davon:															
Ortsteil Twischkamp	2%	6%	6%	5%	6%	6%	6%	5%	5%	5%	7%	7%	8%	6%	4%
Ortsteil Goethestraße	1%	11%	12%	8%	10%	16%	12%	7%	10%	11%	11%	7%	7%	7%	7%
Ortsteil Klushof	3%	5%	5%	4%	5%	5%	5%	4%	2%	6%	4%	4%	3%	3%	3%
Ortsteil Mitte Süd	4%	6%	5%	6%	6%	5%	5%	7%	7%	5%	5%	5%	6%	6%	4%
Ortsteil Mitte Nord	1%	6%	6%	5%	6%	5%	5%	7%	4%	6%	6%	6%	5%	5%	5%
Ortsteil Geestmünde Nord	5%	5%	5%	5%	5%	2%	2%	3%	3%	4%	4%	6%	5%	6%	5%
Summe der Ergebnisse auf OT-Ebene	10%	37%	40%	33%	37%	39%	37%	32%	32%	36%	38%	34%	37%	36%	29%

Quelle: BA I Arbeit Nürnberg 2000, Stat LA Bremen 2000	Bestand an Leistungsempfängern nach Stadtviertel - Bremerhaven - Stand: März 2000															
	Fläche (ha)	insgesamt	Alg	Althi	Eghi	Alg, Althi, Eghi	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt	insgesamt
Bremerhaven insgesamt		100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
davon:																
Ortsteil Twischkamp	4%	6%	6%	7%	7%	5%	5%	5%	5%	6%	5%	5%	5%	5%	5%	5%
Ortsteil Goethestraße	7%	11%	9%	12%	10%	9%	9%	10%	10%	10%	10%	11%	11%	11%	11%	11%
Ortsteil Klushof	9%	5%	4%	5%	5%	4%	5%	5%	5%	4%	5%	4%	4%	4%	4%	4%
Ortsteil Mitte Süd	4%	3%	2%	3%	3%	2%	2%	3%	3%	1%	3%	3%	3%	3%	3%	3%
Ortsteil Mitte Nord	6%	4%	4%	4%	4%	3%	3%	4%	4%	4%	4%	4%	4%	4%	4%	4%
Ortsteil Geestmünde Nord	6%	5%	5%	4%	4%	5%	5%	5%	5%	9%	6%	6%	6%	6%	6%	6%
Summe der Ergebnisse auf OT-Ebene	35%	33%	30%	36%	36%	29%	29%	33%	33%	34%	33%	34%	34%	34%	34%	34%

Bearbeitung: Stadtplanungsausschuss 61/2 ; 27-02-01
 *-Wird aus Datenschutzgründen nicht dargestellt